

Verein Mensch Natur e.V.  
Marktstraße 14  
73033 Göppingen  
[verein@mensch-natur-bw.de](mailto:verein@mensch-natur-bw.de)

Göppingen, den 17.09. 2021

## Vermarktungsoffensive ForstBW / Ausbau Windindustrie im Wald

Sehr geehrte Damen und Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister,

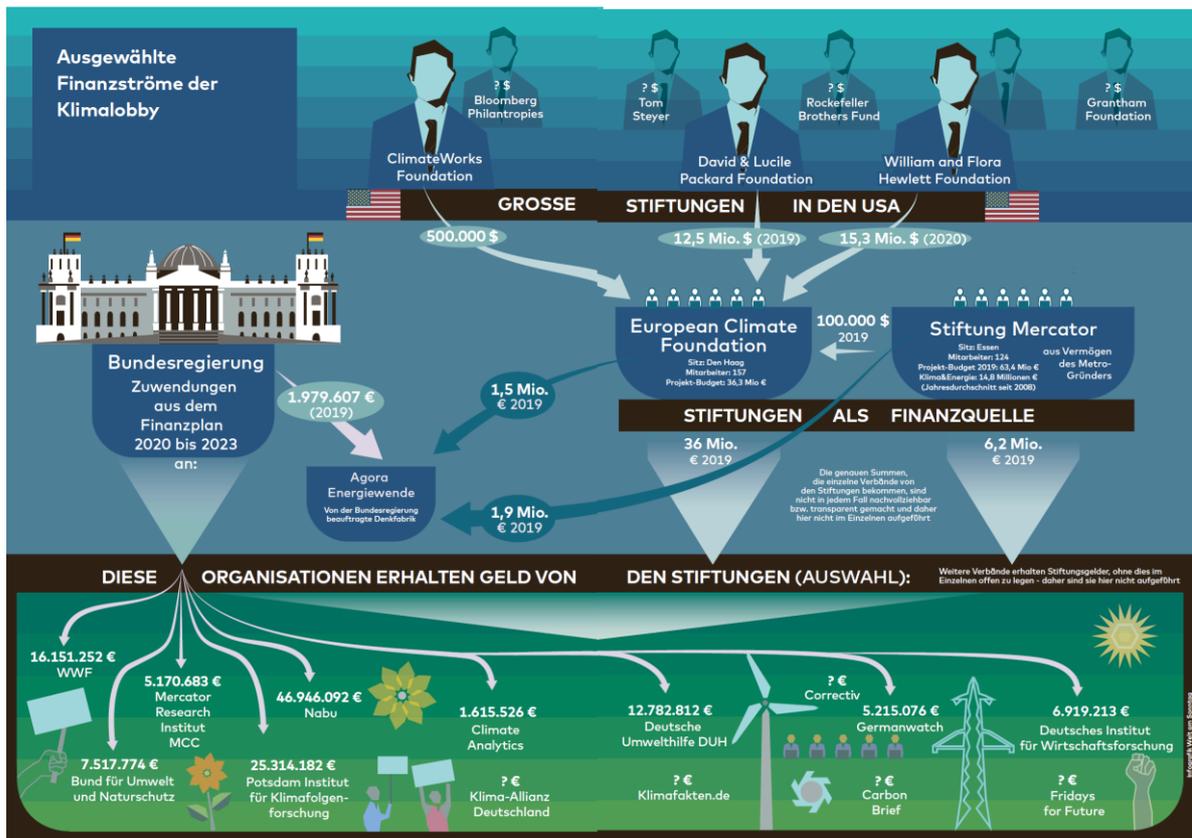
mit Schreiben vom 13. August 2021 hat der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Hauk eine landesweite Vermarktungsoffensive der Landesregierung zum Ausbau der Windindustrie im Wald angekündigt. Sie wurden auch gebeten, diese Pläne grundsätzlich „aufgeschlossen und konstruktiv“ anzugehen.

Wir möchten Sie mit diesem Schreiben an Ihre Verantwortung erinnern, zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu wirken. Schließlich werden sich die ideologiebasierten Entscheidungen in der Landeshauptstadt ganz massiv auf die Lebensverhältnisse auf dem Land und auch in Ihrer Kommune direkt auswirken.

Zunächst einmal weisen wir auf die inneren Widersprüche des Ausbaus der Windenergieerzeugung hin. Die Landesvorsitzende des BUND, Frau Sylvia Pilarsky-Grosch, fordert mehr Tempo beim Windkraftausbau und Kompromisse beim Artenschutz durch Aufweichung des Tötungsverbots. Es mutet eigenartig an, dass ein Naturschutzverband die Industrialisierung des Waldes mit bis zu 300 Meter hohen gigantischen Windrädern fordert und auch noch bereit ist, beim Naturschutz Abstriche zu machen. Die Vorsitzende war Präsidentin des Bundesverband Windenergie (BWE) und in der Satzung des BWE ist zu lesen, dass bei Auflösung des Verbandes der BUND das Restvermögen des BWE erbt. Bei einer so engen Verquickung eines Naturschutzverbandes mit einem Industrieverband sind die Interessenkonflikte wohl immanent

Auch der NABU fordert bundesweit den Ausbau der Windenergie und Ausnahmen vom Tötungsverbot bei Greifvögeln. Der NABU erhält von der Bundesregierung von 2020 bis 2023 ca. 47 Millionen Euro und der BUND ca. 7,6 Millionen Euro Fördergelder. Wer wundert sich dann noch über die willfährigen Handlanger der offiziellen politischen Ideologie.

Quelle. Welt am Sonntag: „Goliaths fürs Klima“ 25. April 2021:



Eine augenfällige Wandlung kann man inzwischen beim baden-württembergischen Landwirtschaftsminister Peter Hauk beobachten. Im Oktober 2016 führte er ein, dass der Mindestabstand zur Wohnbebauung von Windrädern im Staatswald mindestens 1000 Meter betragen muss. Heute fordert er eine Aufweichung des Artenschutzes, um den Ausbau der Windkraft zu forcieren, damit die Windräder im Wald gebaut werden können. Man kann sich nur noch wundern über den ergrünten Wandel der CDU.



Das Deckblatt des neuen Koalitionsvertrags (s. o.) stellt einen idyllischen Wald dar, den es

nach den Plänen der Landesregierung so bald nur noch auf alten Fotografien geben wird. In einem ersten Schritt sollen landesweit 1000 zusätzliche Windräder gestellt werden. Nach der dafür erforderlichen Rodung einer Gesamtfläche der Größe von mindestens 800 Fußballfeldern ist die Idylle dahin. Die gleiche Waldfläche bindet pro Jahr etwa 9000 Tonnen CO<sub>2</sub> und liefert rund 10 Millionen Liter Sauerstoff. Beides können die Windräder nicht. Im Umkreis von 1000 Metern wird die Biodiversität empfindlich gestört. Ein weiteres Artensterben ist die Folge (Fledermäuse, Greifvögel, Insekten, ...). Die Windindustrie zerstört das, was sie vorgibt, bewahren zu wollen.

Tatsächlich nimmt nach Berechnungen des Thünen-Instituts eine 100-jährige Fichte im Laufe ihres Lebens rund 2,6 Tonnen CO<sub>2</sub> auf. Eine durchschnittliche Buche verarbeitet im Vergleich dazu 3,5 Tonnen CO<sub>2</sub>. Der gesamte deutsche Wald bindet jährlich rund 6 2 Millionen Tonnen Kohlenstoff, das sind sieben Prozent aller Emissionen in Deutschland.

Statt unseren Wald zu schützen, gibt die grün-schwarze Landesregierung ihn zum Kahlschlag frei und will auch noch, damit es zügig gelingen kann, den Naturschutz aushebeln. Echter Natur- und Waldschutz sieht anders aus. Die neu gekürten Umweltministerin Thekla Walker will mit einer Vermarktungsoffensive den Staatswald schnell an die Windlobby preisgeben, um 500 Windindustrieanlagen zeitnah zu realisieren. Die Regionalparlamente sollen aus Zeitgründen ausgeschaltet werden.

Trotz eindeutiger Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes EuGH rufen zwei Minister und die Umweltverbände auf, den Naturschutz aufzuweichen und das Tötungsverbot zu Gunsten der Windindustrie zu lockern. Erst kürzlich ist der Versuch beim EuGH gescheitert, das Tötungsverbot auszuhebeln. Das Gericht stellte fest, dass das Tötungsverbot für das Individuum gilt und nicht für die Population insgesamt, wie die Politik immer argumentiert hat. Dieses Urteil (C-473/19, C-474/19- vom 4. März 2021) wird offenbar ignoriert und es soll wieder im nationalen Alleingang gegen EU-Grundsätze gehandelt werden.

Auch die Verpflichtung von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim EU-Biodiversitäts-Gipfel vom 11. Januar 2021, 30 % der Landesflächen in Deutschland unter besonderen Schutz zu stellen („und damit müsse sofort begonnen werden“), ist für den Minister offenbar nicht relevant.

Nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist Klimaschutz ein zentrales Anliegen. Allerdings ist der Ausbau der sog. „erneuerbaren Energie“ in Wirklichkeit für das Klima kontraproduktiv. Diese rückwärtsgerichtete Technik ist bekanntermaßen nicht grundlastfähig und muss durch fossile, ständig mitlaufende Back-up-Kraftwerke im Hintergrund gestützt werden. Zu den bekannten Problemen der Windkraft, wie Schattenwurf, Infraschall, Vogel-, Fledermaus- und Insektenschlag und dem Raubbau an der Natur durch Versiegelung von Waldflächen mit gigantischen Betonfundamenten, kommt der kaum bekannte lokale Dürre-Effekt durch Windrotoren durch Abnahme der Windgeschwindigkeit um 20% hinzu, dadurch sinkt der Kühleffekt des Windes. Wissenschaftliche Studien belegen schon lange lokale Abnahmen der Bodenfeuchte im Windschatten von Windrädern.

Auch wird verschwiegen, dass für den Bau jedes Rotorblatts 90 cbm Balsaholz benötigt werden, das überwiegend aus dem Regenwald von Ecuador stammt. Würden die Grünen ihren eigenen Beschluss ernst nehmen: „Die EU muss verbindliche entwaldungsfreie Lieferketten und somit einen Importstopp für waldzerstörende Produkte beschließen“,

müssten sie sofort den Bau von Windkraftanlagen stoppen.



Minister Peter Hauk lockt in seinem Schreiben die Kommunen mit vermeintlichen kommunalen Einnahmen in Millionenhöhe. Lassen Sie sich nicht täuschen. Zahllose kommunale Windparks haben in der Vergangenheit bewiesen, dass die Kommunen am Ende auf diesen verlustreichen Investitionen sitzenbleiben. Keine Landesregierung hat bisher ein Konzept zum Rückbau der riesigen Betonfundamente nach Ablauf der Nutzungsdauer vorgelegt.

Bisher wurden in Deutschland ca. 100 Millionen Tonnen Beton für die Windenergieanlagen benötigt und überwiegend für die Fundamente in die Böden gerammt, die nie wieder vollständig entsorgt werden. Unsere Böden dienen als Wasserspeicher, die wir dringend benötigen. Für die in Deutschland aufgrund der aktuellen Politik vorgesehene zusätzlichen Windenergieanlagen sind für die über 250 Meter hohen Giganten noch weiter 100 Millionen Tonne Beton für die Fundamente notwendig, höchstwahrscheinlich noch mehr.

Hinzu kommt, dass es bisher keine umweltverträgliche Entsorgung für die Rotorblätter (Verbundwerkstoffe aus Glasfaser und Carbon – fiese Fasern) gibt.

Viele Kommunen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind akut davon betroffen.

Der Ausbau der „Erneuerbaren Energie“ birgt aber auch sozialen Sprengstoff. Unser Land hat aktuell die höchsten Strompreise in Europa. Viele Menschen können sich die Energiekosten kaum mehr leisten. Am Ende fallen die Kosten auf die Kommunen selbst zurück, die sich um die sozial Abgehängten kümmern müssen.

Der immer größer werdende Anteil an wetterabhängiger, volatiler Energie benötigt immer mehr Aufwand in der Sicherstellung des Bedarfs und der Verteilung. Deutschland vollzieht mit der sogenannten „Energiewende“ einen nationalen Alleingang auf der Basis einer weltfremden Ideologie. Andere Länder vertrauen auf die Zukunft moderner Kernkraftwerke der neuesten Generation IV. Der Dual-Fluid-Reaktor könnte ein Beispiel für die Lösung aller Energieprobleme sein und ist sogar in der Lage, fast unseren kompletten Atommüll für die Energieerzeugung zu nutzen und damit das Endlagerproblem zu lösen.

Uns Bürgerinnen und Bürgern wird die aktuelle Energiewende als alternativlos und unabänderlich verkauft, obwohl es immer deutlicher wird, dass sie den Gesetzen der Physik und einem wirtschaftlich sorgfältigen Umgang mit unseren Ressourcen widerspricht. Aus diesem Grunde müssen wir über die Natur, die Versorgungssicherheit und unsere Gesundheit mit ihnen reden. [Hier](#) haben wir gemeinsam mit der Bundesinitiative Vernunftkraft für Sie die wichtigsten Informationen zusammengestellt

Bitte tragen Sie durch Ihre Entscheidungen vor Ort dazu bei, unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte naturnahe Heimat zu überlassen.

Besten Dank!  
Freundlich grüßen Sie

1. Vorsitzende

Dipl.-Ing.(FH) Gerti Stiefel

2. Vorsitzender

Dipl.-Ing.(FH) Peter von Boetticher

3. Vorsitzender

Dipl.-Ing. Robert Jachmann

Anhang:

[Schreiben an Frau Ministerin Thekla Walker](#) mit Auswertung der Windleistung im Schurwald und darüber hinaus.

